

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923

27.11.1923 (No. 276)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Str. Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. Amend,
Karlsruhe.

Zeitungspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert wöchentlich 70 Goldpfennig. — Einzelnummer 150 Milliarden Mark. — Anzeigengebühr: 120 Grundmark für 1 mm Höhe und ein Element Breite. Zusätzlicher heute 1,4 Milliarden. Briefe u. Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenrabatt gilt u. verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrichstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Mägenabgabe, zwangsweiser Verbreitung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in zwangsweiser Verbreitung hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellungen der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen.

Amtlicher Teil.

Steuerabzug in der Woche vom 18.—24. Nov.

Die Verhältniszahl, mit der die in der zweiten Septemberhälfte in Geltung gewesenen Ermäßigungen beim Steuerabzug vom Arbeitslohn zu vervielfachen sind, beträgt ebenso wie für die Woche vom 11.—17. November auch für die Woche vom 18. bis zum 24. November 1923 „300 000“. Daß trotz der weiteren Marksteigerung und der damit verbundenen Erhöhung der Lebenshaltungskosten über die Verhältniszahl der Woche vom 11.—17. November nicht hinausgegangen worden ist, beruht darauf, daß die Verhältniszahl für die Woche vom 11. bis 17. November zum Zwecke der Angleichung der zu hohen Belastung in den letzten Oktoberwochen höher festgesetzt worden war, als es an sich erforderlich gewesen wäre. Der Ausgleich ist in dieser Woche in einem Ausmaß erreicht worden, daß der Steuerabzug nur ganz geringe Prozentanteile betragen hat. Es besteht daher zu einer weiteren Heraushebung der Verhältniszahl kein Anlaß. Bei der Berechnung des Steuerabzugs vom dem bis zum 24. November 1923 fällig gewordenen und gezahlten Arbeitslohn sind also die Ermäßigungen der zweiten Septemberhälfte mit „300 000“ zu vervielfachen. Unter Zugrundelegung der Verhältniszahl „300 000“ ergeben sich z. B. folgende

Wochenermäßigungen			
für die Zeit von bis	für Steuerpflicht. für jedes minder- und Ehefrau je	für jedes minder- jährige Kind	für Werbungskosten
	RM.	RM.	RM.
16. bis 30. 9. 23. (Grundjahr)	172 800	1 152 000	1 440 000
11. bis 17. 11. 23. (dreihunderttausendfach)	51 840 000 000	345 600 000 000	432 000 000 000
18. bis 24. 11. 23. (dreihunderttausendfach)	51 840 000 000	345 600 000 000	432 000 000 000

Arbeitsministerium und Bodenkultur

Von Ökonometat Viehwauer in Rastatt.

Soll der Staat in die Besitzverteilung eingreifen? Wenn man diese Frage bejahen will, so kann dies gewiß nur zusehen in dem Sinne einer Abstellung etwa vorhandener Mängel. Von dem in der Nachkriegszeit aufgetretenen „Landhunger“ will ich lieber nichts schreiben, zumal er in weiteren Kreisen des Volkes schon stark abgeklaut ist — zum Unterschied vom Hunger nach Brot und Kartoffeln! Da und dort kann es ganz gewiß sehr nützlich sein, Kleinbetrieben durch Zuteilung von Land auszuweichen, doch darf damit der schon festgelegte Hauptzweck der Landwirtschaft und damit auch das Hauptziel der Landwirtschaftspflege nicht gefährdet werden: „Steigerung der Produktion“. Einige Fälle sind mir bekannt, wo diese „Anliegersiedlung“ nur Schaden — niemand Nutzen — gebracht hat. Lieber, als diese sog. Anliegersiedlung wäre mir für badische Verhältnisse die „Umwidmung“. Sehr viel Areal land zwecks Zuteilung an schon vorhandene Kleinbetriebe oder zur Bildung neuer Wirtschaftseinheiten (2-Spanner-Bauern) bieten die besonders in der Rheinebene so stark ausgedehnten Sümpfe, Brüche und elenden „Wälder“, zumal diese Flächen häufig Eigentum der Gemeinden sind, ein Eingriff in das Privateigentum einzelner Personen also nicht nötig wäre.

b) Wiedewidmung.

Wir finden auch in Baden die zwei Grundformen der Wiedewidmung:
1. Geschlossene Ortschaften mit auf der Gemarkung zerstreut liegenden Einzelgrundstücken, deren oft viele zu einem Betrieb (zu einer Wirtschaftseinheit) gehören: (parzellierter Besitz) und
2. Zerstreut liegende Höfe mit mehr oder weniger zentral zwischen den zum Betrieb gehörenden Grundstücken liegenden Gebäuden (arrondierter Besitz).

Die erstere Wiedewidmungsform ist vorherrschend. Grundlegende und nennenswerte Änderungen an diesem bestehenden Zustand dürften in Baden in absehbarer Zeit nicht zu erwarten sein, und doch könnte der Staat allerlei Verbesserungen durchführen oder deren Durchführung anbahnen und fördern. Zu Eingriffen in das Privateigentum ist er ja heute schon berechtigt (Siedlungsgesetze im Reich und in den Ländern). Ohne hier auf die Mängel in unserem Siedlungsgesetz — noch mehr in dessen Handhabung einzugehen, möchte ich nur ganz allgemein sagen: „Wir sollten in Baden für Baden badische Agrarpolitik, also auch badische Bodenpolitik machen!“ sonst verfehlt sie ihren Zweck, kostet viel Geld und ärgert die Leute.

Für die Praxis der Siedlungspolitik kommen auch bei uns folgende Möglichkeiten in Frage:
Neusiedlung: d. h. Begründung neuer Wirtschaftseinheiten durch Zuteilung von Land und Erstellung von Gebäuden. Für

solche Neusiedlung auf vorhandenem, altem Kulturland dürfen in Baden die Voraussetzungen nicht gerade sehr häufig sein, denn selbst unsere größten Hofgüter gestatten, wie schon erwähnt, in ihren entlegensten Teilen eine volkswirtschaftlich vertretbare Intensität der Bewirtschaftung.

Dagegen kenne ich viele Beispiele, wo auf sehr ausgedehnten Dorfmarkungen deren entlegenste Teile oft so weit vom „Wirtschaftsmittelpunkt“ entfernt sind, daß sie nur bei sinkender Intensität der Bewirtschaftung einen privatwirtschaftlichen Nutzen abwerfen können oder: umgekehrt ausgedrückt: der privatwirtschaftliche Vorteil steigt auf Kosten der Höhe des Hofertrages, was heute volkswirtschaftlich nicht tragbar erscheint. Hier könnte eine besondere und spezifisch südwestdeutsche Siedlungsform Platz greifen, die ich

Umwidmung nennen möchte. Ich wünsche oft, daß junge Bauern, die wohl, wie auch die junge Bäuerin, eine Anzahl Äcker und Wiesen in die Ehe bringen, aber Haus und Hof bauen müssen, nicht, wie es meistens geschieht, dicht an das letzte Haus des Dorfes oder an einen im Dorf gelegenen Platz bauen, sondern hinaus in die freie Gemarkung. Es finden sich überall Stellen wo 2, 3, 4 Bauern geeignete Bauplätze fänden und so eine kleine Gruppe neuer Höfe erstellen könnten (Wasser und Weg). So könnte man billiger (Baupolizei! Feuerpolizei!) und praktischer bauen, d. h. so, wie man's brauchen kann, nicht so, wie man muß! Wenn dieser Gedanke einige Menschenalter verwirklicht würde, wäre der Nachteil der großen Entfernungen überwunden. Durch Grundstücksverkauf hätten gerade diese Neusiedler bald ihr Land näher beim Hof und die außerordentlich unwirtschaftliche (unproduktive und nutzlose) Vergeudung von Zeit und Kraft der Menschen und Tiere auf den langen Wegen zwischen Hof und Feld wäre beseitigt.

Zur Verwirklichung dieser Idee müßten auf Grund eines Gesetzes bzw. einer Ergänzung unseres Siedlungsgesetzes in dafür passenden Gemarkungen Siedlungspläne aufgestellt werden, deren Verwirklichung mit Hilfe des Staates durch Gewährung von Bankrediten und mit Hilfe der Gemeinden durch Überlassung von Baugelände gefördert werden könnte. Auch Belehrung der Bauwilligen durch die Behörden (Bezirks-Baukontrollen, Bezirksämter, Landwirtschaftslehrer) könnte helfen.

Anliegersiedlung nennt man im Nord-Osten Deutschlands die Zuteilung von Land, das man den größeren Höfen wegnahm, an die kleinen Bauern. Die Anwendungsmöglichkeit dieser Siedlungsart ist in Baden sehr beschränkt und da, wo man sie um einiger Hecker willen angewendet hat, hat sie oft das Gegenteil von dem bezweckt, was man erhoffte — rasch sinkende Hoferträge. Geradezu sinnlose Vorstöße sind z. B. im Bezirk Wertheim gemacht und in einigen Fällen auch durchgeführt worden.

Zu einer volkswirtschaftlich wirksamen Vergrößerung der rund 100 000 tatsächlich zu kleiner Betriebe ist also in Baden zurzeit kein Land vorhanden — sie könnte also nur durch starke Verminderung der Zahl der Betriebe erfolgen — ein Vorstoß, den heute kein gesund denkender und gesund führender Mensch wird machen wollen! Hierfür gäbe es nur einen Weg: **Ausbarmachung allen Deblandes!** Aber: wer will den zahlreichen Arbeitswilligen die Stellen zeigen und wer will den noch viel zahlreicheren Arbeitsunwilligen den Spaten und den Pickel in die Hand drücken? Das Volk wird sich solchen Freund oder solchen Diktator nicht wählen, denn er gehört zu keiner Partei und zu keiner Klasse — zu keinem Stand und zu keiner Konfession und hat zudem einen häßlichen Namen: er heißt: „**Hunger**“.

Arbeitslöhne und Lebensmittelpreise

Aus dem Ministerium des Innern wird geschrieben:
Die Arbeitslosigkeit und die Verelendung weiter Volkskreise nimmt in immer erschreckenderem Maße zu. Der Winter mit allen seinen Nöten schafft in den erwerbslosen Schichten eine deprimierte Stimmung.

Die Militärbehörden sind vom Chef der Heeresleitung, General von Seeck, angewiesen, die Bekämpfung dieser Not mit Nachdruck und Erfolg zu unterstützen. Von den Gemeindeverwaltungen wurden die erforderlichen Unterstützungsbaktionen in die Wege geleitet, welche in sehr weitem Umfang auf privater Initiative und Unterstützung beruhen. Gleichwohl gelingt es nicht, die Not überall zu beheben, so daß eine überwältigende Agitation gegen den Staat immer wieder einen guten Nährboden findet.

Nicht nur die Bekämpfung der Not bei den erwerbslosen Volkschichten ist zurzeit ein schwieriges Problem. Gleich große Sorge bereitet das unausgeglichen Verhältnis zwi-

schen Arbeitslohn und Warenpreisen. Die Geschäftswelt hat, solange ein wertbeständiges Zahlungsmittel noch nicht vorhanden war, starke Hoffnungen darauf gesetzt, nach Einführung wertbeständiger Zahlungsmittel in der Lage zu sein, wieder alte Goldfriedenspreise stellen zu können. Allerdings, die Preise vom Jahre 1914 sind einer ganz natürlichen Produktionsverleuerung wegen nicht wieder erreichbar. Kriegslasten und unausgeglichene Wirtschaft brüden verteuert auf die Produktion Deutschlands. Es läge also nahe, die Löhne und Gehälter in dem Maße höher zu halten, in welchem die Lebensmittelpreise über die Friedenspreise hinausgehen.

Das ist nun keineswegs der Fall! Die Gehälter der Staatsbeamten z. B. bewegen sich zwischen 30 und 50 Prozent der Friedenshöhe. Dieser Zustand ist völlig unhaltbar und er soll behoben werden, indem in der zahlenmäßigen Beschäftigung durch Verminderung der Beamten auch wieder der Friedensstand erreicht wird.

Auch die Privatindustrie ist mit zu hohen Verwaltungskosten und Nebenspesen belastet, weswegen eine Sanierung versucht wird. Die Art und Weise aber, wie man dabei vorgeht, stößt bei den Beteiligten um deswillen auf einen Widerstand, weil sie allein Opfer bringen sollen, während viele Inhaber von Betriebsunternehmungen nicht von ihren hohen Profitsätzen abgehen wollen. Den Syndikaten fällt es gar nicht ein, den Verbrauchern mit einer Herabsetzung der Warenpreise entgegenzukommen. Gewöhnlich wird der einem Syndikat angehörende unmodernste Betrieb als Grundlage für die Berechnung der Warenpreise angenommen; dessen hohe Produktionskosten bilden die Voraussetzung für die Waren- und Preisberechnung, sodas die technisch besser eingerichteten Betriebe bei voller Beschäftigung riesige Überschüsse abwerfen, oder nur minimale Beschäftigungszureichung erhalten. Von den Gesamteinnahmen der Produktion braucht gewöhnlich das Syndikat 30 und 50 Prozent für sich — auch der Verwaltungsapparat eines Syndikats stellt bekaunntlich einen Wasserkopf dar —, so daß die dem Syndikat angeschlossenen Betriebe nur 50 Prozent des Erlöses aus dem Verkauf ihrer Produkte ausbezahlt erhalten. Das Reichswirtschaftsministerium ist in vielen Eingaben auf diesen geradezu skandalösen Zustand hingewiesen worden. Der Kleinhandel insbesondere hat nicht mit Unrecht sich immer wieder darüber beklagt, daß die Preisprüfungsämter und Buchgerichte nicht auch an die Kontrolle der Syndikatspreise herangehen.

Das Reichswirtschaftsministerium hat schließlich mit seiner Verordnung vom 2. November d. J. gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen eine Grundlage für die Bekämpfung desselben geschaffen. Es ist den einzelnen Betriebsunternehmungen jetzt wieder möglich, sich von den Beschlüssen oder Verträgen und Verpflichtungen über die Höhe der Erzeugung oder des Absatzes, wie sie von den Syndikaten, Kartellen und Konventionen aller Art während und nach dem Krieg geschaffen worden sind, zu entziehen, sobald sie dafür einen wichtigen Grund angeben können. Ein wichtiger Grund ist, wenn die wirtschaftliche Bewegungsfreiheit des Abhängigen, insbesondere bei der Erzeugung, dem Absatz oder der Preisgestaltung unbillig eingeschränkt wird. Derartige künstliche Produktionsbeschränkungen von leistungsfähigen Betrieben liegen heutzutage in großer Zahl vor, weil sie hohe Preisgestaltung die Konsumkraft schädigt und weil seit dem Krieg eine Unzahl neuer selbständiger Existenzen in allen Branchen aufgefunden sind, die mit dem besten Willen auf die Dauer vom Volk nicht ernährt werden können.

Wenn heute z. B. bei der Verteilung von 8000 Liter Milch in einer Stadt noch genau so viel Händler tätig sind, wie in Friedenszeiten bei der Verteilung von 50 000 Liter, so ist das ein wirtschaftlicher Generalunfall. In Orten, wo früher drei Kolonialwarenhandlungen bestanden haben, können jetzt in der Zeit allgemeiner Verarmung keine 6 oder 10 bestehen. Wenn es heute möglich ist, Ladengeschäfte nur noch 4 bis 6 Stunden am Tage offen zu halten, dann beweist dieser Vorgang, wie stark die zum Verkauf gestellten Waren mit Speisen belastet sein müssen. Es hat kein Mensch ein Recht darauf, für seinen und seiner Familie Unterhalt nur wenige Stunden am Tage arbeiten zu dürfen. Wenn gar die Mittel für solchen Unterhalt aus dem Warenverkauf gezogen werden, dann ist das volkswirtschaftlich gesehen auf die Dauer nicht erträglich. Derartige Beispiele gibt es nun auch für die großen Industrieunternehmungen, nur mit dem Unterschied, daß diese hier noch viel verheerender für die allgemeine Volkswirtschaft auswirken, als das im Zwischen- und Kleinhandel der Fall ist.

Der hier kritisierte Zustand ist das Produkt der Kriegs- und Nachkriegswirtschaft und des Währungsverfalls. Jahre hindurch hat Deutschland von der Inflation gelebt, anfänglich in

Schlüsselzahl für den Bezugspreis der Karlsruher Zeitung: 1 Billion

der Meinung, daß die hohen Papiergeldemissionen und die fortwährenden Preissteigerungen ein Stück Reichthum darstellen. Jetzt ist man in Deutschland soweit, um zu erkennen, wie grundlos die Jagd nach solchem Reichthum gewesen war und jetzt muß man, durch die Not dazu getrieben, wieder von unten her mit dem Aufbau wirtschaftlicher Erfordernisse anfangen. Die Frage ist nur, welche Teile des Volkes in erster Linie die hierbei erforderlichen Opfer zu bringen haben. Alle Staatsbürger, gleichviel in welcher sozialen Stellung sie sich befinden, müssen sich umstellen, wenn nicht letzten Endes der wirtschaftliche und moralische Gefundungsprozess zu einer neuen Katastrophe für das deutsche Volk werden soll. Es ist eine völlige Verkennung von Staatsnotwendigkeiten, etwa daran zu glauben, man dürfe gegen die Arbeiter- und Beamtenchaft in dieser Situation so rigoros wie nur irgend möglich vorgehen. Auch die weitere Annahme, daß die Staatsgewalt für diesen Fall die Aufrechterhaltung der Ordnung unter allen Umständen gewährleisten müsse, beruht auf einer Verkennung des Staatsgedankens. So wie der Arbeiter die Pflicht hat, anzuerkennen, daß ein verarmtes Deutschland und eine verarmte deutsche Wirtschaft nicht so leistungsfähig sein kann, wie ein in der Blüthezeit gestandenes Deutschland, genau ebenso muß auch die Unternehmerschaft sich bewußt bleiben, daß jedem Menschen im Staat für seine Arbeit die zum Leben erforderlichen Existenzmittel gegeben werden. Wenn jeder Unternehmer die Kalkulationen für seine Produkte ohne Rücksichtnahme übermäßiger Gewinne einrichtet, dann muß es möglich sein, zu einem Abbau der Grundpreise zu kommen und von dieser Seite her den erwerbsfähigen Schichten zu helfen, mit den im Frieden bezogenen Löhnen auszukommen. Solange aber die Warenpreise um das zwei- und dreifache über den vor dem Kriege üblichen Preis stehen, läßt sich der soziale Frieden nicht erzielen und bleibt dem Kriege der Rebellion Tür und Thor geöffnet.

Noch keine Klärung

Widerstand gegen ein Kabinett Albert

Die Berufung Dr. Alberts als Reichskanzler findet in den bürgerlichen Parteien der Mitte, der deutschen Volkspartei, dem Zentrum und den Demokraten Widerstände. Auch hat Albert eine schlechte Presse.

Die „Vormittagszeitung“ betont, daß die Vertrauensfrage, die Dr. Alberts mit der Kabinettsbildung bei allen Parteien überraschung hervorgerufen habe und einer stark ablehnenden Kritik bezeugt sei. Die „Germania“ sagt: Man befürchte Schwierigkeiten, die sich aus der Tätigkeit Alberts zur Zeit des Krieges in Amerika ergeben könnten. Mit ganz besonderer Schärfe spricht sich das „Reich“ aus. Das Blatt sagt:

„Man will versuchen, sich nach dem Sturz eines Kabinetts mit ausgesprochen persönlicher Färbung mit einer farblosen Kandidatur zu behelfen. Eine derartige Verlegenheitslösung wäre in jedem Falle befehllos. Sie ist es besonders in einem Augenblick, in dem die ganze Lage nach einer starken, selbstbewußten Führung der Reichsgeschichte schreit. Das Vorgehen des Reichspräsidenten wird immer unverständlich. Aus der Lage, wie sie durch den Reichstag geschaffen worden ist, ergab sich unbedingt die Notwendigkeit, die Deutschnationalen oder die Sozialdemokraten zur Kabinettsbildung aufzufordern, als diejenigen Parteien, die das Kabinett Stresemann gestützt haben. Es hätte unbedingt festgestellt werden müssen, ob die Deutschnationalen und die Sozialdemokraten fähig sind, für ihre Tat diejenige parlamentarische Verantwortung auf sich zu nehmen, die allein die Tat rechtfertigt. Unklar ist es auch, daß der Reichspräsident Ebert dem Kabinett Stresemann die Vollmacht zur Auflösung nicht gab, obgleich jeder mit der parlamentarischen Lage etwas vertraute Politiker wissen mußte, daß bei den Stärkeren Verhältnissen des gegenwärtigen Reichstags die parlamentarische Neubildung einer starken Regierung ausgeschlossen war. Das Hauptorgan der Deutschnationalen Volkspartei, die „Kreuzzeitung“ schreibt: Herr v. Kardorff scheiterte. Die Kandidatur Jarres scheint nicht ernsthaft betrieben worden zu sein. Wir können daher den Gedanken nicht von uns weisen, daß Herr Ebert von vornherein

mit dem Scheitern der ersten Versuche gerechnet hat, um dann wieder auf seinen Wunsch, das Volk mit Herrn Albert zu beglücken, zurückzukehren. Ein Kabinett Albert bedeutet aber auch sonst nichts anderes als eine vollkommene Verkennung der Volkswirtschaft, die eine Regierung des nationalen Willens verlangt und nicht ein schwaches Beamtenskabine, dem es eben an dem Rückhalt gerade in den nationalen Kreisen vollkommen fehlen dürfte.

Berliner Blätter wollen wissen, daß zwischen den Deutschnationalen und dem Zentrum über einen bürgerlichen Block mit Einschluß der Deutschnationalen verhandelt werde und bereits ein Kompromiß zustande gekommen sei.

Amerika und Dr. Albert

Die Berufung Dr. Alberts mit der Regierungsbildung wird in New York ungünstig aufgenommen, vornehmlich aus dem Grunde, weil er zu weit rechts stehe. Die Zeitungen erinnern daran, daß Dr. Albert im Jahre 1917 in seiner Eigenschaft als Handelsattaché der deutschen Botschaft in der Untergrundbahn eine Affäre liege, aus deren Inhalt angeblich die Mithellerschaft der deutschen Botschaft an den Sabotageakten in den Munitionsfabriken hervorgegangen sei. Dr. Albert sei derjenige, der den Ankauf der New Yorker „Evening Post“ und deren Verwendung für die deutsche Propaganda vermittelt habe. Dr. Albert habe außerdem als Agent der deutschen Regierung seine Hände überall da im Spiele gehabt, wo in den für die Alliierten arbeitenden Munitionsfabriken Unfälle erfolgten und mutwillige Explosionen hervorgerufen wurden.

Ebert und Seede

Der diplomatische Berichterstatter des Londoner Daily Telegraph schreibt, in britischen diplomatischen Kreisen wird nicht verheimlicht, daß der Sturz Stresemanns, obgleich er keineswegs unerwartet gekommen, mit beträchtlicher Besorgnis betrachtet werde wegen seiner möglichen Rückwirkungen auf die innere Lage in ganz Deutschland. Die Lage wird besonders gekennzeichnet durch die Schwierigkeiten, einen geeigneten Nachfolger für Stresemann zu finden. Bis jetzt sei der Reichstag noch nicht in der Lage gewesen, einen Staatsmann von genügender Stärke, Charakter und genügendem Talent herbeizubringen, der sich wirklichem Einfluß beim Parlament verschaffen könnte. Alle auswärtigen diplomatischen Beobachter stimmen darin überein, daß an diesem Zustand nur zwei Personen innerhalb des Deutschen Reichs nicht vom Reichstag abhängen, nämlich Präsident Ebert und General von Seede. Der Patriotismus und die Uneigennützigkeit des Reichspräsidenten würden niemals in Frage stehen, solange er sich auf die absolute und lokale Unterstützung des Generals von Seede verlassen könne. Unter diesen Umständen werde es ihm, wie man glaube, vielleicht noch gelingen, die Hauptschwierigkeiten zu überwinden.

Äußerungen Stresemanns

Dr. Stresemann hat dem Berliner Korrespondenten der Daily Mail eine Unterredung gewährt, in der er erklärte, daß es zum ersten Male in der Geschichte der deutschen Republik geschehen sei, daß im Parlament die Vertrauensfrage gestellt worden sei. Bis jetzt sei das Schicksal der Regierungen immer nur durch Unterhandlungen unter den Parteien besiegelt worden. Er persönlich wünsche, daß Deutschland bald ein Zweiparteiensystem bekommen werde, nämlich eine Regierungspartei und eine Oppositionspartei. Auf die Frage, ob Stresemann daran denke, ein Direktorium zu bilden, verweigerte Stresemann die Antwort. Er erklärte aber, daß die Auflösung des Reichstags und die Veranlassung von Neuwahlen ihm als unermesslich schienen. Der Reichstag sei gegenwärtig der Spielball persönlicher Zwistigkeiten.

Eine Erklärung der sozialdemokratischen Reichsminister

Die sozialdemokratischen Minister im zweiten Kabinett Stresemann, Robert Schmidt, Radbruch und Soltmann, lassen durch den Sozialdemokratischen Parlamentsdienst ein eingehende Darstellung über das Eingreifen der Reichswehr in Sachen verbreiten. Danach hat der Reichsinnenminister trotz der vielen Beschwerden aus sämtlichen industriellen Kreisen, mit denen der Reichsminister vom ersten Tage seiner Regierung an geradezu überschüttet wurde, stets ein Eingreifen der Reichswehr abgelehnt. Erst durch den militärischen Ausnahmezustand, der die gesamte vollziehende Gewalt in die Hände des Reichswehrministers legte, sei das Eingreifen der Reichswehr in Sachen ermöglicht worden. Anfangs sei auch dann noch nicht von einer Besetzung ganz Sachsens die Rede gewesen, sondern immer nur von der Besetzung weniger angeblicher Unruheherde.

Den Einmarsch der Reichswehrtruppen und die Ernennung eines Reichskommissars habe dann Dr. Gehler übertrifft und auf eigene Verantwortung ohne Mitwirkung des Reichspräsidenten angeordnet. Die sozialdemokratischen Minister hätten von vornherein, als Dr. Gehler von diesem Beschluß des Kabinetts Mitteilung machte, keinen Zweifel daran gelassen, daß der Beschluß des Reichswehrministers die Koalition gefährde, und der Reichskanzler habe dadurch zu vermitteln gesucht, daß er noch einmal den sämtlichen Ministerpräsidenten aufforderte, innerhalb 24 Stunden sein Amt niederzulegen. Nachdem ein entsprechender Brief bereits an Dr. Reizner abgegangen war, habe sich dann der Reichskanzler doch noch eines anderen entsetzt, indem er sich eine allgemeine Ermächtigung zum Vorgehen gegen die sämtliche Regierung vom Reichspräsidenten geben ließ. Alle weiteren Maßnahmen des Reichskanzlers wurden dadurch überholt, daß Dr. Reizner ohne jede Instruktion des Reichskanzlers und vor der Veröffentlichung des Reichspräsidenten die Reichswehr marschieren und die sämtlichen Minister absetzen ließ. Darauf gaben die sozialdemokratischen Minister sofort ihre Demission. Sie betonten ausdrücklich, daß weder an einer Verordnung noch an der Ernennung eines Reichskommissars ein sozialdemokratischer Minister mitgewirkt habe.

Der Krach unter den „Reitern“

Das völkische „Deutsche Tageblatt“ polemisiert in einem Artikel heftig gegen Raurenbrecher. Er ist darin bezeichnet als „Renegat“, der Pastor und Reichender und wieder Pastor, Ehrlichsozialer und Raumannianer, Margit und Nationalist, Hohenzollernhüter und Hohenzollernverächter im plötzlichen Lauf des Lebens gewesen ist.

Raurenbrecher hatte in einem Artikel von der „Tragödie Ludendorffs“ gesprochen und versichert, an Ludendorff hätten sich in den letzten Jahren Kreise gedrängt, um ihn zu beraten und ihn damit zu führen, die zu politischer Führung schließlich unfähig waren. Dazu sagt das „Deutsche Tageblatt“: „Der Titel steigt einem hoch beim Lesen dieser Worte. Es ist der gemeine Duldsfuß eines Mannes, der von Ludendorffs Stellung in der völkischen Bewegung seinen Schimmer hat. Ludendorff ist nicht der Mann, der sich führen läßt, sondern der führt. ... Mißbraucht werden sollte Ludendorff von den Kreisen, zu denen Herr Pastor Dr. Raurenbrecher gehört und daß General Ludendorff dies klar erkannt hat, daß er sich nicht völkischen Arbeiter und Angehörigen im Lande, denn von diesen Kreisen kommt uns und unserem Vaterlande kein Heil. ...“

Damit niemand im Zweifel über die Führerfähigkeit Ludendorffs bei dem letzten Putz und bei zukünftigen ähnlichen Unternehmungen sein kann, verfährt das „Deutsche Tageblatt“ in auffälliger Deut:

„Ludendorff, Diller und Graefe bleiben unsere Führer, ihnen sind wir bis zum Tode verschlossen, ihnen kalten wir die geschworene Treue. ... Wir werden dem deutschen Arbeiter zeigen, welches feindliches Spiel gespielt werden soll. Diller und Ludendorff haben in München die schwarzweisse, die völkische Republik ausgerufen, damit es nicht käme zur Monarchie von Rom und Karls Gnade. ... Ludendorff und Diller haben nicht ausgespielt, im Gegenteil: beider Stunde wird kommen. Der feige Wortbruch, der schamvolle Verrat vom 9. November 1923 ist nicht das Ende, sondern der kraftvolle, siegesfrohe Anfang der völkischen Freiheitsbewegung. Die Taten von München werden gerächt werden, die Veräter werden ihre Strafe finden, am Tage des Sieges des schwarz-weiß-roten Vaterlandes unter Ludendorffs und Dillers und Graefes Führung.“

Dazu schreibt die „Mannheimer Volksstimme“: Diese Ausführungen in dem, wenn auch verbotenen, so doch prominentesten norddeutschen Organ der Deutschvölkischen Richtung den Oberreichtsausschusses besonders interessieren. Wenn seiner Betätigung im Rapp-Putz hat man den Ludendorff unbegreiflichermaßen laufen lassen, weil Ludendorff behauptete, nur „sanz zufällig“ um 6 Uhr morgens in den Rapp-Putz hineingeraten und dann der Meinung gewesen zu sein, daß er einer bereits zu Recht bestehenden Regierung Rapp Dienste leiste. Damals ist der Held sogar noch als Reize eifrig vernommen worden, anstatt daß man ihn pflichtmäßig unter Anklage des Völkerrats gestellt hätte. Zur neuesten Falle Ludendorffischer Unfallsigkeiten wird er seine Führerschaft selbst mit dem geschworenen Eide nicht mehr ableugnen können. Er sowohl wie Graefe, Diller, Hof-

Badisches Landestheater

Prinz Friedrich von Homburg

Schauspiel in fünf Akten von Heinrich von Kleist. In Szene gesetzt von Robert Volker.

Das beste, höchste und tiefste, weil im innersten Menschlichen empfundene und durchglühete Kreuzdrama ist „Prinz Friedrich von Homburg“ von Heinrich von Kleist. Dieses letzte Drama jenes in stürmischen Nüchternen verbrauchten Lebens ist zugleich die Krone seines Schaffens. Das wild schäumende Temperament des Dichters, der in der innerlichen Vereinfachung seines Genies nur in ekstatischem Schrei seiner Dual Ausdruck geben konnte, hat hier in dem vaterländischen Gemeinschaftsgefühl die Lösung gefunden, die auch in der Form die gewalttätige monomaniache Überlieferung händigt zu einer edlen Mischung von Kraft und Weichheit, Fülle und Bedächtigkeit, Mut und Entfagung.

Die erschütternde Not eigenen und vaterländischen Lebens hat nach der napoleonischen Zertrümmerung Preußens den Kulturintellektuellen und Weltbürger zum Patrioten und Staatsbürger gemacht. In jener glorreichen Zeit preußischer Wiedergeburt aus tiefer Not hat der preußische Junker v. n Kleist gelernt, das heilige Pflichtgebot eines Kant und Fichte mit vaterländischer Liebe zu verschmelzen zur freiwilligen Aufopferung des eigenen Ichs für die Gemeinschaft, zur Unterordnung des Eigenwillens unter den Staatswillen. Die nationale Erhebung der Männer wie Fichte und Schlegelmader, Stein und Scharnhorst ihre besten Kräfte weihen, nahm Kleist voraus in dem hohen Lied seines Jochs erst erkannten und geliebten Heimatlandes. Nicht länger ist dieser der absolutistische Vernunftstaat, sondern ein freier Organismus, der nicht aus Verstand, sondern aus innerer Überzeugung, Liebe gewachsen ist. Die freudige Erkenntnis, daß nur planvoll geschlossenes Handeln unter einheitlichem Geisteswillen diesem Staate den Sieg verbürgt, läßt den freiwilligen Verzicht auf Sonderwünsche reifen, das stolze Erkenntnis: Jeder ist Diener am Staate.

Diese Auslösung des Zwiespatts von Gesetz und Gefühl vollzieht Kleist in der Seele des Prinzen Friedrich von Homburg. Der stürmisch-lühne, bis zum Traumwandel im Gefühlsleben verstrickte Reiterführer hat, wie schon wiederholt, durch sein vom Gesetz ungezügelt impulsives Handeln den möglicherweise überlegten Schachplan des Kurfürsten zwar zu einem glänzenden Siege, aber zu einem Fallsieg geführt. Der Kurfürst als Vertreter des Gesetzes stellt daher den gleich einem Sohne geliebten Reffen unter das verleihte Gesetz, das ihn zum

Tode verurteilt. Bild bäumt sich das heiße Blut des Prinzen gegen diesen harten Gesetzeswillen auf, in blutvoller Menschlichkeit verzweifelt angesichts des offenen Grabes der lühne Schachtheld und verzichtet gern auf alle Güter dieser Welt, auf Ruhm, Ehre und Liebe, wenn ihm nur sein nahtes Leben geschenkt werde. Gerade in dieser absoluten Verzweiflung offenbart sich am glorreichsten der lebenswahre Menschenschauer und -gestalter Kleist. Aber hier jst auch der Umwandlung ein, die innere Eöhne, die die Käuterung des Prinzen bedeutet, die Vermählung von Gesetz und Gefühl. Nur Scharfpare hat solche Darstellung des Menschlichen gewagt in „Raf für Raf“. Wie dessen Bastard in „König Johann“ wird auch Prinz Homburg zur Erkenntnis geführt, daß der Freie frei sich dem Wohle des Staates beugen muß, nur dann kann die Zurecht, ähnlich wie in „Detrich VI.“ erläutern: „In Staub mit allen Feinden Brandenburgs“.

Indem der Kurfürst dem Prinzen selbst die Entscheidung über Recht und Unrecht zuschiebt, rüt er dessen Vernunft gegen sein Gefühl auf, bringt er ihn zur Besinnung, die das Ich dem Staate freiwillig unterordnet. Damit erlöst der Prinz erst den wahren heldischen Sieg, der ihm dann auch alle jene höchsten Güter der Erde, die er in seinem Gefühlstaukel wegzuwerfen bereit war, besichert: Gut, Ruhm, Ehre und Liebe. Mit solchen Helden als freiwilligen Dienern ist der Sieg des Staates gesichert.

Wie Kleist all dies Gedankliche in äußere und innere Handlung, in Anschauung restlos auflöst, wie er diese Anschauung gestaltet in abgeklärten und dennoch warm durchpulsten Sprachsystemen, wie er ohne jedes Phrasentum alles Geschehen natürlich und selbstverständlich in bildvoller und bildkräftiger Ausdrucksform abrollen läßt, wie er Gefühl und Gesetz in träumernder Märchenstimmung und klarem Preußentum vereint, macht seinen „Prinzen von Homburg“ zur Reitererschöpfung deutscher Dramatik, einer Reitererschöpfung auch in der plastischen Gestaltung der Personen, die in ihrem von einander abschätzenden Preußentum lebhaft vor uns stehen. Am schwächsten sind Kleist die beiden Frauen gestalten, insbesondere die Kurfürstin geraden. Im ganzen gilt aber auch heute noch Wilhelm Grimms Wort: „Ich habe niemals die Macht des Gesetzes und die Anerkennung des Höheren, vor dem auch das Gesetz zerfällt, schöner dargestellt gefunden.“

II.

Wir freuen uns, daß die Theaterleitung gerade heute dieses dichterische Erkenntnis zum vaterländischen Staatswillen im flüssigen Repertoire eingereicht hat, dessen Ausbau in dieser Spielzeit würdig vorwärtsdrückt. Es ist auch an-

tennenswert, daß der Intendant die Bedeutung des Wertes so hoch einschätzte, daß er selbst die Inangebung übernahm. Er brachte eine Aufführung heraus, die von feinsten Arbeit zeugte und ein anfängliches Mittelmaß hielt. Von der beschönigten Seelenkraft, dem innerlich glühenden Feuer war allerdings wenig zu verspüren, soweit die Kunst der Spielerei verantwortlich war. Und auch so bedürften noch mancherlei störende Einzelheiten der Verbesserung oder Ausmerzung.

Gleich im ersten Bühnenbild ist die Anordnung sehr unglücklich dadurch, daß Rob. Volker glaubte, auf die die ganze Breite der Bühne einnehmende Treppe nicht verzichten zu dürfen und deshalb die Gartenbank viel zu dicht an das Schloß und zu nah an dessen Eingangstreppe stellte. Da zudem der in Träumen befangene Prinz noch in starke Beleuchtung gesetzt wurde, so war glücklicherweise die Märchenstimmung getrübt und die ganze Szene wirkte ohne jede Überzeugungskraft eher komisch.

Unglücklich geraten war auch der szenische Aufbau des dritten Bühnenbilds, das Schlachtfeld von Fehrbellin. Etwas reizvoller hätte der Hügel wohl sein dürfen, und die Bühnentreppe war hier sicherlich sinnlos. Es wäre wohl auch geschickter gewesen, wenn die Beobachter statt unantbar in die Kulisze zu werden, halb nach hinten in die Ebene die Front genommen hätten. Vor allem aber fehlte es der Szene an jeder Steigerung des Ausdrucks, da sie durch Kostüm sofort in Fortissimo einträte.

Das fünfte Bild vor der Kirche war sehr wirkungsvoll aufgebaut. Der Schluß war aber eine zu starke Konzeption an das nur-theatralische dadurch, daß die Offiziere nicht mit dem Kurfürsten in die Kirche gingen, sondern vor der Türe auf der Treppe knieten.

Weitere Einzelheiten, die noch der innerlichen Gliederung bedürften, hängen eng mit den Einzelheiten der Darsteller zusammen, so daß sie dort Erwähnung finden müssen. Im ganzen soll nur fobiel gesagt sein, daß zu wünschen gewesen wäre, Rob. Volker e hätte auch auf die Gestaltung dieser darstellerischen Einzelheiten stärker eingewirkt, um dadurch eine von einheitlichem kräftigem Willen gegliederte und doch geschlossene Handlung herbeizuführen.

III.

Dieser Mangel an kraftvoll führender Hand machte sich selbst in der Leistung Stefan Dahlen als Prinz von Homburg geltend. Von vornherein sei betont, daß Dahlen Mittel gerade für den Prinzen hervorragend geeignet sind und daß er daher eine Gesamtleistung bot, die höchsten Lobes

Die ganze deutsche Weidenschaft, gebildet vor den Staatsgerichtshof wegen Hochverrats. Der Oberreichsanwalt ist von Amts wegen verurteilt, eingetreten. Er wird dazu eines besonderen Anstoßes nicht bedürfen. Aber wenn ihm selbst die Machtmittel fehlen, die Spiegelgassen zu ergreifen, dann hat er die Pflicht, diese von der Reichsregierung zu fordern.

Der Stolz, den die rechtsradikale Bewegung am 9. November von Hitler, Lubendorff und Kahr erhielt, hat sie viel mehr getroffen, als irgend ein Dolchstoß eines der bisherigen Novemberverbrecher. Die Spalten der rechtsradikalen Zeitungen und Blätter sind angefüllt mit Auseinandersetzungen, mit Beschuldigungen und Beschwörungen. Das moralische Ansehen der rechtsradikalen Bewegung ist tödlich getroffen. Schon die politische Entwicklung der nächsten Zeit wird das noch deutlicher zeigen, als es bisher schon zum Ausdruck gekommen ist. Die verräterischen Schritte Kahrs gegen den Lubendorff, die Demonstrationen gegen Kahr trotz aller eifrigen Bemühungen der Kultusminister nicht mehr gelassen, die ermittelte Führerrolle zu spielen.

Der „Friederichs“ bringt eine neue Darstellung über die württembergischen Vorgänge, die sich ausdrücklich auf Angaben Lubendorffs stützt. Unrichtig sind die Einzelheiten, auslagend sind nur die bestimmten und konkreten Angaben Lubendorffs über v. Kahrs politische Gesamteinstellung. Ungeheimlich heißt es in der Darstellung:

„Die Herren v. Kahr, von Lossow und v. Seißner, so erklärte General Lubendorff, waren zum Loslösen eines großen Berlin bereit. Es fehlten nur noch einige prominente Männer aus Norddeutschland, die mit ihrem Namen dieses Vorhaben unterstützten. In einer Besprechung, die am Donnerstag, 8. November, 4 Uhr nachmittags, zwischen Dr. v. Lossow, v. Seißner und General Lubendorff stattfand, kam diese Meinung deutlich zum Ausdruck.“

Diese unmissverständliche Bekauptung wird in einer Reihe von Einzelheiten belegt und führt am Schluss eines langen Berichtes über die Ursachen der Schicksale an der Feldherrnhalle in der rhetorischen Fragestellung wieder:

„Nipp und klar müssen die Herren v. Kahr, v. Lossow und v. Seißner erklären, ob sie schon seit Wochen den Marsch nach Berlin erwogen haben, ob das ihre wirkliche oder ihre scheinbare Meinung war, aus welchem Grunde sie diese Meinung änderten, aber scheinbar aufrechterhielten, warum sie, nachdem sie in der Nacht wieder Bewegungsfreiheit, Truppen und Polizei hatten, ihren mitbewaffneten General Lubendorff und Hitler das nicht mitteilten und warum schließlich die Truppe an der Feldherrnhalle gegen einen marschierenden, nicht in Kampfformation befindlichen Zug in einer Weise vorging, wie es nirgends in der Welt üblich ist.“

Der „Friederichs“ erwartet offenbar keine Antwort von Kahr mehr. Auch er kommt zum Ergebnis, daß Bayerns Rolle in der rechtsradikalen Bewegung ausgepielt ist:

„Von Bayern, so hoffen wir, käme Deutschlands politische Erneuerung. In Bayern, so glauben wir, sei die vaterländische Bewegung so einzig und so stark, daß sie dem großen Vaterlande abgeben könne von ihrer Kraft. Wir haben diese Hoffnung begraben. Die vaterländische Bewegung Bayerns ist ein Torso — zur Freude der Juden und deren, die ihren Christenglauben zum politischen Handwerkszeug herabwürdigen und aus dem deutschen Vaterlande ein neues römisches Reich deutscher Nation machen wollen.“

Zur Lage in Bayern

Das Erscheinen der sozialdemokratischen Presse in Bayern ist wieder gestattet worden. Die „Münchener Post“ muß jedoch sich verpflichten, keine Veröffentlichungen zu bringen, die geeignet sind, die Bevölkerung aufzuheizen und hat als Sicherheit dafür eine Kaution von 5000 Goldmark in wertbeständigem Geld bei der Polizeidirektion hinterlegen müssen. Weiter muß sie bis auf weiteres jeweils zwei Stunden vor der Verbreitung ein Exemplar der Polizeidirektion vorlegen.

Seit dem Mischen des Ruffches will offenbar Lubendorff von Bayern nichts mehr wissen. Er beschränkt in einer Mitteilung an die Presse, daß er die bayerische Staatsangehörigkeit erworben habe und in einer zweiten Erklärung sagt er den bayerischen Offiziersverbänden, deren Zeitung verurteilt, ihn reinzuwaschen, daß er wie ein Soldat und nicht wie ein preußischer General gehandelt hätte, wenn die Darstellung der bayerischen Offiziersbünde richtig wäre. Den bayerischen Offiziersverbänden spricht Lubendorff folgendes Urteil:

Die Ehrenaufkündigung, die aus dem Schreiben spricht, zeigt mir, daß ich recht gehandelt habe, als ich aus dem Deutschen Offiziersbund und Nationalverband deutscher Offiziere ausgetreten bin. Ich werde nunmehr auch meine Mitgliedschaft in dem Marineoffiziersverein und dem Bayerischen Kriegerbund niederlegen. Ich erlaube mir zu wünschen, daß von seiten der untergeordneten Verbände keine Schritte für mich unternommen werden. Ich sehe sie als Ehrenentzückung an.

Aber das Verhalten des Generalstaatskommissars v. Kahr in der Nacht des Lubendorff-Hitler-Putsch bringt der „Oberbayer“, der an Stelle der verbotenen Zeitungen die Sache der Nationalsozialisten jetzt führt, in seiner beschlagnahmten Nummer vom Freitag-Sonntag folgende Mitteilung aus München:

„Der v. Kahr ließ durch die Presse erklären, er habe Hitler und Lubendorff nur unter dem Zwang der Pistole sein Ehrenwort gegeben. Dem widerspricht aber folgende authentische Tatsache: Am Donnerstag nacht um 11 Uhr, also nach der „Friederichs“-Meldung, im Bürgerbräueller, als Herr v. Kahr wieder seine vollständige Entscheidungsfreiheit hatte, besuchte ihn Pöbner zusammen mit Oberamtmann Friedl im Generalstaatskommissariat. Dabei erklärte ihm Herr v. Kahr, es freue ihn, daß die Sache so gegangen sei. Alles, was zwischen ihnen bestanden, sei nunmehr beseitigt und sie würden in Zukunft vertrauensvoll zusammenarbeiten. Bei dieser Gelegenheit verpflichtete Herr v. Kahr den Oberamtmann Friedl zum Polizeipräsidenten in München. Diese Tatsache ist protokolllarisch niedergelegt, an ihr also nicht zu rütteln. Wieviel erhält das Verhalten Kahrs dadurch einiges Licht, daß unmittelbar vor dem Besuch Pöbners und Friedls der Kultusminister Dr. Maß bei Herrn v. Kahr vorsprach. Dann wäre allerdings festzustellen, daß Herr v. Kahr ein zweites Mal Romdiele gespielt hat und zwar diesmal einem Manne gegenüber, der sich schon einmal als sein zuverlässigster Mitarbeiter bewährt hatte.“ (Ce-meint ist dabei Pöbner. D. Korr.)

Politische Neuigkeiten

Die Finanzgebarung des Reiches

In der ersten November-Debatte reden die Einnahmen des Reiches mit 1.161 Trillionen (einschl. der Aufnahmen aus funktierter Schuld) wenigstens fast 28 Prozent der Ausgaben, die 1.57,9 Trillionen beanspruchen, gegenüber 0,8 Prozent in der letzten Oktoberdebatte. Die Umstellung der Einnahmewirtschaft auf Goldmarkberechnung hat sich, da erst teilweise durchgeführt, noch nicht voll auswirken können. Statt vermehrt haben sich die Ausgaben der Postverwaltung um das rund 20fache auf 55 Trillionen. Die schwelende Schuld steigt entsprechend der Dollaraufwertung um das 8fache auf 83,18 Trillionen und hat Mitte November bei Einstellung der Kreditgewährung an das Reich rund 191 Trillionen erreicht.

Der Separatistenpuls in der Pfalz

Nach einem Erlaß der Regierung der Pfalz haben die Franzosen in folgender Weise die Verdrängung der Regierung durch die Separatisten herbeigeführt. Am 22. November abends wurden die Gendarmen auf französisches Geheiß, das die Regierungsbeamten beherrschende Bezirksamtsgewalt in Ludwigshafen verlassen. Am 23. morgens wurden die leitenden städtischen Polizeibeamten von den Franzosen zu einer Besprechung befohlen und die führerlos gemachten Mannschaften entwaffnet. Darauf konnten die Separatisten ungehindert staatliche und städtische Gebäude besetzen. Die Regierungsbeamten wurden teils in Haft genommen, teils ausgewiesen. Unter der letzteren befinden sich auch der Ernährungsreferent, der Leiter der Gewerkschaften und der Referent für die Unterstützung der Kriegsgeldbesitzer und Kriegshinterbliebenen. Wichtige städtische Bananstalten wurden geschlossen, den Betrieb eingestellt. Der Bezirksdelegierte von Ludwigshafen, Oberleutnant Mennerich, hat dem Stabrat Ludwigshafen ein Ultimatum gestellt, sich zu erklären, ob der Stadtrat die separatistische Regierung anerkenne oder nicht. Daraufhin ist der Stadtrat am Sonntag abend zu einer Sitzung zusammengetreten und hat einstimmig die separatistische Regierung abgelehnt.

Kurze Nachrichten

Wänderungen in Berlin. Infolge der ständig wachsenden Lebensmittelpreise kam es auch am Montag in Berlin zu Anfeindungen und teilweise zu Wänderungen der Bäcker- und Schlächterläden. Auch ein Schuhwarengeschäft wurde beraubt. Mehrere Täter wurden festgenommen.

Die zweite Devisenabgabe, die neben dem Zuliefererportale für die Bildung eines Devisenfonds beitragen sollte und deren Erhebung auf Grund des Provisorenabgabengesetzes vorgesehene war, soll laut „Welt-Tageblatt“ nicht in der zunächst vorgesehenen Form, sondern auf Grund der am 15. Dezember fälligen zweiten Rate der Rhein-Ruhrabgabe zur Erhebung gelangen. Diese Rate soll nicht in Mark, sondern in Devisen zahlbar gemacht werden. Ein entsprechender Antrag ist, wie uns bestätigt wird, von dem alten Kabinett zunächst dem Reichswirtschaftsrat zugeleitet.

Wertekündige Briefmarken. Dem „B. T.“ zufolge sollen dieser Tage Briefmarken ausgegeben werden, die auf Rentenmarkhochrechnung lauten.

Badische Uebersicht

Schlüsselzahlen

Badischer Einzelhandel: 1000 (Vortag 1000) Milliarden
Badische Landesbelegziffer (mit Bekleidung): Stichtag 19. November 830,3 Milliarden (Vorwoche 205,3 Milliarden).
Badische Landesbelegziffer (ohne Bekleidung): Stichtag 19. November 743,3 Milliarden (Vorwoche 182,7 Milliarden).
Reichsbelegziffer: Stichtag 19. Nov.: 831 Milliarden (Vorwoche 218,5).
Goldmark: 1 602 500 000 000.
Schlüsselzahl der Vereinigung Karlsruher Zeitungsverleger für den Bezugspreis: 1 Billion.
Schlüsselzahl des Vereins Deutscher Zeitungsverleger für Anzeigenaufträge: 1,4 Milliarden.
Schlüsselzahl für das Buchdruckgewerbe: 50 Milliarden.
Buchhändler-Schlüsselzahl: 1,1 Billion.

Erntevorschätzung der Getreidefrüchte in Baden

Nach den Angaben der Saatensstandsberichte der statistischen Landesämter kann die diesjährige Getreideernte vorläufig auf 8,2 Millionen Doppelzentner, die Futterernte auf 3,9 Millionen Doppelzentner und die Zuckerrüben-ernte auf 450 000 Doppelzentner geschätzt werden. Die entsprechende Erntevorschätzung des Jahres 1922 hatte für Getreide 10,8 Millionen Doppelzentner ergeben, mithin ist in diesem Jahre mit einem Ernteaufschlag von 2,6 Millionen Doppelzentner zu rechnen. Der Getreideertrag für Getreide beträgt in diesem Jahre 94 Doppelzentner, gegen 123 im Vorjahre. Die Erntefläche ist ungefähr dieselbe geblieben. Die Futterernte stellte sich 1922 bei der Vorschätzung von 10,5 Millionen Doppelzentner, also ist auch hier in diesem Jahre ein geringes Ertragsrisiko zu verzeichnen. Der Durchschnittsertrag ist von 275 auf 231 Doppelzentner zurückgegangen. Auch hier hat sich die Erntefläche gegenüber dem Vorjahre kaum verändert. Größer ist noch der Ausfall bei der Zuckerrüben-ernte, wo 1922 729 000 Doppelzentner geerntet worden waren. Das Getreideertragsrisiko ist hier von 296 auf 193 Doppelzentner zurückgegangen bei geringer Abnahme der Anbaufläche (ungefähr 100 Hektar).

Kislaus

Kislaus ist ein ehemaliges Schloss unweit Bruchsal. In dieser staatliche Zentralanstalt für durch strafgerichtliches Urteil der Landespolizeibehörde überwiesene Personen werden durch Verfügung des Landeskommissars meist rüchfällige Verurteilte, wie Müßiggänger, Landstreicher, Bettler usw. untergebracht, damit sie daselbst eine ihren Fähigkeiten und Verhältnissen angemessene Beschäftigung einer geordneten Lebensweise zugeführt werden. Die Verwahrung in Kislaus dauert mindestens sechs Monate, höchstens zwei Jahre. Die Männer werden mit verschiedenen Gewerben, darunter Schuster- und Schneider-, Weberei, Korbflechterei und mit Tagelöhnerarbeit beschäftigt. Die Anstalt untersteht der Polizeiverwaltung. Das Schlossgebäude von Kislaus ist sehr alt; es war bis ins 13. Jahrhundert Stammsitz einer Adelsfamilie, nach deren Aussterben es an Speyer fiel und lange Zeit Sommeraufenthalt der Bischöfe von Speyer war. Nach 1802 machte Baden das Schloss zur Invalidentaslerne, später zum Staatsgefängnis; nachdem es vorübergehend Fabrikzwecken diente, ist es seit 1882 polizeiliches Arbeitshaus. Die Zahl der Insassen nähert sich bisweilen 200.

Nr. 76 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Verordnungen und Bekanntmachungen: des Staatsministeriums; über das Verfahren bei Brandvollstreckungen in Liegenschaften; des Finanzministers: Dienstkreislosten; Dienstkreislosten; Fleischsteuer; des Ministers des Innern: das Hebammenwesen.

wert ist und die damit auch in erster Linie für den Erfolg, der trotz aller zu beanstandenden Einzelheiten der Aufführung mit Recht beschieden war, verantwortlich ist. Gerade deshalb empfand ich es aber um so bedauerlicher, daß die Taten seine eigentliche Höhe erst nach dem dritten Bühnenbilde erreichte. Die Wirkungslosigkeit der Traumscene habe ich schon in ihren Ursachen besprochen. Aber auch die zweite Szene wurde etwas beeinträchtigt dadurch, daß bei der Barreleausgabe die Geistesabwesenheit des Prinzen zu stark ins Außenstehende übertrat wurde. Diese Veräußerung war mit Schuld, wenn ein banausisches Publikum bei den aufmunternden Kraftworten Hohenzollerns wiederholt in wiederholten Lachen ausbrach. Regisseur und Schauspieler dürfen diese Szene nicht zur Komik ausarten lassen. Erst in der dritten Szene fand sich Dahlen, um in der folgenden Szene im Dornzimmer, seine volle Meisterhaftigkeit zu offenbaren. Diese zeigte sich sofort in der künstlerischen Beherrschung seines Berichtes vom Tode des Kurfürsten.

Vielleicht wollte der Regisseur zu dessen tieferer Wirkung ihn kontrastieren lassen mit dem vorangehenden des Rittmeisters von Wörner. Aber Paul Müller, der diesen gab, machte daraus in Gestik und Ton eine so unerträglich hohopathetische Theaterfigur, daß sie eher wie eine bewußte Parodie wirkte. Wenn sich Herr Müller, dessen vorzügliche Leistungen ich immer gern anerkannt habe, einmal so verhalten hat, dann hätte eben der Regisseur einspringen müssen zur Abänderung. Duldung ist Mißgunst.

In der Szene vor der Kirche war Dahlen unübertrefflich und löste daher zum Schluß dieses ersten Teils der Aufführung einen Beifall aus.

Der zweite Teil setzte mit der Arrestszene ein; hier hätte vielleicht der Umschlag des Zwittrauens im Prinzen etwas deutlicher markiert werden dürfen. Dann aber kam der Höhepunkt des ganzen Abends in der Verzeihungsszene des Prinzen bei der Kurfürstin. Sehr geschickt hatte Köllner den äußeren Rahmen, das Zimmer, sehr schlicht und einfach gehalten, um die ganze Aufmerksamkeit auf den Prinzen zu konzentrieren; dafür sei dem Spielleiter ausdrücklich gedankt. Der ließ nun Dahlen aus vollem Menschsein seine Todesverweigerung ausdrücken. Damit war der Erfolg der Aufführung entschieden, der mehr ein Erfolg Dahlen's wie des Spielleiters ist. Auch bis zum Schluß hielt Dahlen nun die erreichte Höhe fest.

Dieser Leistung gegenüber verblähten die anderen Rollen. Auch die des Kurfürsten. Fel. Baumbach gab ihn würdig und kraftvoll; er wußte ihm auch weiche Töne beizumischen

und verstand es damit, ihn sympathisch und überzeugend wirken zu lassen. Dennoch fehlte ein Lehtes, das uns erst degressiv macht, daß der Kurfürst und der Prinz aus demselben Geschlechte stammen, Seelenverwandte in verschiedenem Reifestufe sind. Aber in einem Punkte ist Fel. Baumbach schließlich vorbildlich für die Mitglieder unseres Landesbühnens, das ist die ausgesuchte deutliche Sprechweise, an der auch Dahlen noch viel lernen könnte und sollte.

Besonders trifft dies aber auf Rob. Wörner zu. Er hatte keinen besonders guten Tag. Sein Hohenollern ließ es an Haltung mißfallen, äußerlich und innerlich. Statt der jungerlichen Schmeid gab er Saloppheit, die sich auch durchweg in seiner unbedingten Körperhaltung ausdrückte. Insbesondere wirkte diese Art der Auffassung fälschlich in dem Entzweien der Szene, da die Offiziere den Kurfürsten um Gnade für den Prinzen bitten. Wiederum fehlte es hier an der zureichenden Leitung des Regisseurs.

Dagegen war in dieser Szene die Rede des alten Kottwitz (Fritz Herz) sehr wirkungsvoll angelegt und gesprochen. Im ganzen hätte er nur etwas weniger sich zum Lagerkreis hin orientieren sollen; immerhin ist er doch ein immer noch hervorragender Meisterfänger. Ganz farblos war der Feldmarschall von U. v. d. Trend-Ulrici; offensichtlich lag dem feinsinnigen Künstler die Rolle gar nicht.

Die beiden Frauenrollen waren in den Händen M. Frauendörfers als Kurfürstin und Martha Möllers als Natalie. Am sympathischsten und eindringlichsten wirkte M. Möller ihre Rolle zu gestalten, während die Kurfürstin eine verblähte und verlassene Bürgerfrau blieb. M. Möller fand zugleich warme, liebevolle und wirbelsame Töne. Nur hätte ich gewünscht, daß sie nach der Witzszene beim Kurfürsten etwas weniger schnell und unermittelt ihre Haltung gefunden hätte; die große Erregung hatte auch in der nächsten Szene noch nachwirken müssen. Und wiederum muß die Frage gestellt werden, warum der Regisseur hier nicht beratend und leitend eingegriffen hat.

Es ist sehr bedauerlich, daß ein in der Hauptrolle so vorzüglich besetztes dichterisches Kunstwerk ohne angemessener Einzelheiten von seiten des Regisseurs wie der Darsteller nicht zu der ihm gebührenden unübertrefflichen Gesamtaufwertung gekommen ist. Der Gesamteindruck war daher nicht geschloffen einheitlich, sondern trotz der tragenden Zentralfigur eine Reihe von Einzelbildern. Bei dem guten Willen, der sich natürlich überall zu veripieren war, möchte man dem Unterdanken zurufen: Landgraf werde hart!

Prof. Dr. Karl Göll.

Tristan und Isolde

Es gibt schon mancherlei Bücher, die erklären, warum Wagners musikalisches Alexanderreich nach seinem Tod in so viele kleine Provinzen zerfiel, aber es gibt auch Schriften, die heute schon neidlos zu erkennen suchen, was aus seinem Raskelewerk über die zunächst bescheidene Unsterblichkeit des Richard Wagner-Walstanzarums sich in die ewiggleit Künsterwelt wird. Die in „Tristan und Isolde“ eingeschlossene Welt spielt dabei in ihrer engen Verdrängung zu jeder arnova keine geringe Rolle, ja E. Kurt hat in seiner romantischen Harmonik und erst recht im linearen Kontrapunkt es gewagt, feinste Verbindungsäden zu knüpfen. Grund und Untergrund zu solchen Behauptungen, die kein willkürliches Experiment sind, läßt jede Aufführung des Werkes erkennen, soweit sie die von Wagner noch selbst in Dur und Moll eigebetteten Partikulare des Einzelklanges in absolute Partikulare umschafft und die mehr homophone Neigung des Romantikers hinter der fraglos schon vorhandenen polyphonen Auflösung zurücktreten läßt. Das ist auch ungefähr das, was man heute von einer guten Tristanaufführung erwarten darf, denn so nur offenbart sie die Fülle neuen harmonischen, kontrapunktlichen, formalen und sprachlichen Wissensmaterials, das in dieser wunderreichen aller Partituren schlummert. Wenn ich nun die sonntägliche Aufführung gut nenne, so ahnt man, was ich damit zuerst meine: die vom Orchester geleitete Arbeit unter Fritz Cortolezis' Stabführung, dem leider (oder nicht?) nur das Vorbild unter den zu minutös abwägenden Händen zerrann. Auf der Bühne übertrug Frau Hedv. Tracema Brügelmanss Isolde um Hauptlänge die anderen. Wieder zeigte sich, was diese erste Kraft an den richtigen Platz gestellt immer noch zu leisten vermag. Reizliche Detonation trieb zuweilen die bekannten Leistungen Paula Webers (Vauquane) und Dr. Herm. Bucherpfennigs (Marke), auch das Steuermannslied Fritz Reichingers litt unter bedenkllicher Tonjäherung. Der Gatt des Abends vom Frankfurter Opernhaus, Otto Fanger, brachte als Tristan sichere Beherrschung der Partie mit, plägte aber mit seiner robusten Stimme zuweilen recht misswend aus dem finkonsisten Rahmen heraus, in den der vorantwoeltliche Interpret das Werk eingepaant hatte. Auch darstellerisch hielt er sich auf mäßiger Mittellinie. Die Wagnereuseen hatten sich nicht allzu zahlreich zu der Zeit geräumter Zeit ausgeföhren Tristanvorstellung eingefunden.

S. Sch.

Aus der Landeshauptstadt

Neue Postgebührenerhöhung. Die seit dem 12. November geltenden und vom 20. November an verdoppelten Post- und Postfachgebühren werden vom 26. November ab nochmals erhöht, und zwar auf das achtfache der Höhe vom 12. November, das ist also das vierfache der jetzt geltenden Höhe. Der einfache Fernbrief kostet sonach vom 26. November an 80 Milliarden, die Fernpostkarte 40 Milliarden, die Drucksache bis 25 Gramm 16 Milliarden und die Einschreibung 80 Milliarden Mark. Ausgeschlossen von der Erhöhung bleiben die Postumsgebühren, die Gebühre für Blindenschriftsendungen, die Verbandsgebühren, die Gebühre für Auszahlungen im Postfachverkehr, die Gebühre für Pakete nach dem Ausland und einige andere Nebengebühren. — Dabei ist ein Postkursum eingetreten, das für manchen aber eine Annehmlichkeit bedeutet. Seit Montag (bis Monatsende) verläuft die Post Marken vierfach teurer, als ihr eigentlicher Wert ist. Zum Beispiel kostet eine Briefmarke zu 20 Milliarden 80 Milliarden. Mit diesen 20-Milliarden-Marken kann aber ein Brief frankiert werden. Es ist somit die Möglichkeit gegeben, alle etwa früher gekauften Marken zum vierfachen Betrag zu verwenden. Die Erscheinung wird mit dem Anfall an Marken und dem Übergang zum Goldporto am 1. Dezember begründet.

Landestheater. Der Tanzabend am 27. November bringt in seiner ersten Abteilung das mimische Drama „Der Schleier der Pierrette“ von Arthur Schnitzler, Musik von Ernst Dohnányi. In den Hauptrollen gastieren die Schweizer Tänzerin Ami Schwabinger und Tril Gadesow von der Metropolitan-Oper in Newyork. Das musikalisch und dramatisch bedeutende Werk, das bei seinen bisherigen Aufführungen — vor allem an den Staatstheatern in Dresden, Berlin, Budapest, Kopenhagen usw. — sensationelle Erfolge hatte, ist für Karlsruhe neu. — Die andere Hälfte des Abend bringt uns Darbietungen des hier bekannten und geschätzten Tänzers Tril Gadesow. Wegen anderweitiger Verpflichtung der Gattin ist nur eine Wiederholung und zwar am 29. November möglich. Der Vorverkauf für den ersten Abend hat begonnen. Bei dem großen Interesse, das diese Gastspiele haben, empfiehlt sich frühzeitiger Bezug der Karten.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

Table with columns for city (Amsterdam, Kopenhagen, London, Newyork, Paris, Schweiz, Prag) and exchange rates for 26. Nov. and 25. Nov.

Die kleine Ziffer bedeutet die Zuteilung in Prozent. Der amtliche Dollarkurs der Berliner Borse beträgt am heutigen Dienstag unverändert 4 120 000 Millionen.

Wertbeständige Anlagen

Zur Anlage für Mündelgelder und als wertbeständige Effekten sind zugelassen:

Table listing interest-bearing securities (e.g., 5% Badische Kohlenwert-Anleihe) and their values in millions of marks.

Literarische Neuerscheinungen

Gustav Freytag: Briefe aus Amerika. (Verlag G. Grote, Berlin.) — Gustav Freytag hatte im vorigen Jahre auf Einladung des Central-Komitee in Newyork eine fünfmonatige Vortragsreise zum Besten der Kinderhilfe durch die Vereinigten Staaten gemacht und veröffentlicht nun seine von dort in die Heimat gesandten Briefe und Tagebuchblätter. Vom Haren und anderem hohen Wilde. Erinnerungen bekannter Jäger. Herausgegeben von E. von Sapher. (Verlag G. Haberland in Leipzig.) — In zwei Bänden hat Sapher die schönsten Geschichten aus dem eigenen Jägerleben und aus den Erinnerungen seiner Freunde und anderer, zum Teil weltberühmter Jäger mitgeteilt. Hans Bongardt: Der Warden und andere Tiergeschichten. 1. Band der Sammlung „Das Leben der Tiere“. (Carl Neuberger, Dresden.) Bongardt ist ein Meister auf dem Gebiet der Tiergeschichte. Das Buch führt in das geheimnisvolle Walten der Natur und enthüllt uns ihr verborgenes Leben. Wie man einstens rechnete. Von Studentat E. Fettweis, mit 10 Figuren, 2 Tabellen und zahlreichen Aufgaben. B. G. Teubner, Leipzig.) Ein neues Bändchen der so nützlichen Math.-phys. Bibliothek, das einen Überblick über die Entwicklung der praktischen Rechenmethoden (Addition, Subtraktion, Multi-

plikation, Division) von den ersten Anfänge bis zu den Zeiten des jetzt noch vollständigen Adam Riese gibt.

Heinrich Günter: Buddha in der abendländischen Legende? (Leipzig, G. Haessel, Verlag.) — Die Unterjochung Günters ist in wesentlichen negatio und macht einen Einfluß der Persönlichkeit des Buddha auf die abendländische Legende unwahrscheinlich. Aber dieses Ergebnis hinaus ist die Nebeneinanderstellung der buddhistischen und der christlichen Legende, wie sie hier zum erstenmal umfassend durchgeführt wird, von bleibendem wissenschaftlichen Wert.

Bibliothek wertvoller Romane und Erzählungen. Herausgegeben von Otto Hellinghaus. (Freiburg i. Br. 1923, Herder.) XIX. Band: E. Morike: Das Stuttgarter Dupelmännlein. — J. B. v. Scheffel: Hugibee. — G. H. Sealsfeld: Die Prarie am Jacinto. XX. Band: J. B. v. Scheffel: Juniperus. — A. Stifter: Feldblumen. — A. Angenruber: Hartinger alte Sixtin. Von dieser rühmlichst bekannten „Bibliothek“, die in bunter Folge die schönsten, poetischen und lebensvollsten Romane und Erzählungen deutscher Meister vereinigt, liegen zu unserer Freude vier weitere Bände vor, die sich nach Inhalt und gediegener Schönheit der Ausstattung den bisherigen, zumeist schon in mehreren Auflagen erschienenen, aufs würdigste anreihen.

Schicksalstage deutscher Dichter. Ein Novellenroman v. P. Endertling, L. Diehl, G. Schiebelkuth, G. Linsenfein, R. Gohlbaum, W. Hegeler, G. G. Wagner, G. Frommel, A. Krauß, E. Wehr, Sophie Hochstetter, J. P. Perkonia, herausgegeben von Rudolf Krauß. Zweite Reihe (München 1923, C. G. Roth.) — Jeder der Erzähler hat es verstanden, die Stimmungen der Seele und des Augenblicks festzuhalten, so das jünglinghafte bei Klopstock, das ätherisch-schwärmerische bei Novalis, das männlich entschlossene bei Hebel. Ganz abgesehen von der Möglichkeit, durch diese Romane in die Persönlichkeit der Dichter eingeführt zu werden, sind sie also auch als rein literarische Schöpfungen bedeutsam und eine Bereicherung unserer zeitgenössischen Erzählungskunst.

Frank Thiel: Angelika ten Swaart. Roman. (Verlag J. Engelhorn Nachf., Stuttgart.) — Nach dem Aufsehen, das der letzte große Roman von Frank Thiel, „Die Verdamnten“, in der literarischen Welt verursacht hat, sah man mit Spannung der Veröffentlichung seiner „Angelika ten Swaart“ entgegen, die schon nach ihrem Erstabbruch in der „Frankf. Zig.“ lebhaft besprochen wurde. Nun liegt diese Erzählung, die vor drei Jahren geschrieben wurde, vor uns und spricht erneut für die den geistlichen Seelenregungen nachgehende Stilkunst des Verfassers. Jede Frau, die an ihrem ersten Kinde stirbt, ist mit dem Tode verheiratet und muß dies vielleicht sogar zwischen Lust und Grauen spüren. Die Geschichte einer solchen Ehe erzählt der Dichter in der „Angelika ten Swaart“. Das dürfte ihr beim großen Publikum Erfolg aufweisen, während ihre literarische Bedeutung wohl in der Gestaltung des Todes zu suchen ist, der als ein schweigender und um die tiefsten Geheimnisse wissender Arzt diesem Buche seinen beruhigenden und verständenden Charakter gibt.

Hans Leip: Der Pfluh. Roman. (Albert Langen, München.) — Hier weiß jemand mit der deutschen Sprache bald amüßig und bald stürmisch umzugehen, und durch vierundzwanzig Kapitel geht ein unaufhörlich festes Tempo der Handlung, die sich vielfältig auftritt zu dem Umsturz der See- und Weltstadt Mulemut. Nischenhafte Widersprüche sind durcheinander, vom See Hoi, von Geeln-Ratter, dem Verbrecher-Bierlei, von Sagen, Heide, Meer, Verjüngung, Verdrängung, Arbeit, Genuß und Untergang. Die chaotischen Schreie unserer Tage brauen, hörbar gemacht durch die beweglichen Charaktere. Zweifellos ist Hans Leip ein starkes, ursprüngliches Talent, von dem man sich noch manche gute Leistung versprechen darf.

Ludwig Thoma: Mänsnerinnen. Roman. (Albert Langen, München.) — Dieser Roman gehört zu dem Glanzstücken, was Thoma überhaupt geschrieben hat. Mit der gleichen Meisterschaft wie sonst seine oberbayerischen Bauern schildert der Dichter uns hier eine Gesellschaftsschicht, die er ebenso gut kannte und durchschaute, den Münchener Spießbürger.

Max Halbe: Gesammelte Werke in sieben Bänden. Viertes Band: Historische Stücke. (Albert Langen, München.) — Der Band enthält die Renaissance-Tragedie „Der Eroberer“. Das Drama „Das wahre Gesicht“ das zur Zeit der früheren polnischen Herrschaft in und um Danzig spielt, ferner „Der Ring des Gauflers“, ein Feilbild aus dem Jahre 1619, da nach dreißig Kriegsjahren wieder Friede in die deutschen Lande eingezogen war. Das den Schluß des Bandes bildende Schauspiel „Freiheit“ ist eine Heimatsdichtung aus dem Jahre 1812.

A. Korolentz: Der seltsame Mensch. Siebenter Band der Romane über junge Menschen. „Der gute Schmöler“, Halbleinenband und Federzeichnungen von Karl Holz. (Franz Schneider Verlag, Berlin.) Korolentz' schönstes und einheitlichstes Werk. Ein russisches Auswandererstück vollzieht sich mit der ähnen Unabänderlichkeit prachtvollen Varenenlums. Der Roman eines Entwurzelten, doch so voll von Bodenständigkeit, Echtheit und Schwere, daß sich aus Abenteuer, Gewühl und Grelle eines der erschütterndsten Heimatsbücher aufbaut, die wir besitzen. Die deutsche Jugend im Alter von 16 bis 20 Jahre ist wieder um ein im besten Sinne spannendes Buch reicher, das sie in ihrem Leben nicht vergessen wird.

Sonnenmelodie. Eine Lebensgeschichte. Von Otto Stoeffl. In Halbleinen. (Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt.) Ein mächtiges, kühnes und tiefes Werk — diese Lebensgeschichte eines Einzelnen, die zugleich ein Stück Geschichte des alten Orients, seiner Menschen, Landschaften und Städte, und ein Stück neuester Wissenschaft ist. Denn der Johann Körner, dessen Leben Stoeffl erzählt, mit jenem epischen Sinn, der

ihm angeboren ist, und mit der ruhigen Meisterschaft der Sprache, in der er sich als echter und würdiger Nachfahre Gottfried Kellers ausweist, dieser Johann Körner erlebt als eigenen Lebensinhalt und zwingendes Schicksal die Wanderung von der „ganzen ausgebildeten, berühmten europäischen Welt als zugrunde gehendem Betrieb“, das Dineinwachsen in das „Reich einer uralten, nur bisher unterdrückten, schlecht vernommenen Melodie und Wahrheit“. Ein Buch für alle, denen das Leben ohne Musik ein Irrtum, ein Exil wäre, für alle, die das schöne Deutsch-Orient liebten; aber überhaupt für jeden Freund einer starken, gedankentiefen, männlichen Kunst.

Maarten Maartens: Der Preis von Lis Doris. Roman. (Albert Langen München.) — Nach längerem Fehlen auf dem Büchermarkt erscheint Maartens Roman „Der Preis von Lis Doris“ neu. Möge das Wiederkehren dieses starken und reichen Buches das Zeichen dafür geben, daß der holländische Dichter, den man in England und Amerika längst unter die Großen der Literatur erhoben hat, nun auch in Deutschland als das anerkannt werde, was er ist: einer der bedeutendsten Romandichter einer ganzen Epoche.

Roman Roland: Gerambault. Geschichte eines freien Gewissens im Kriege. (Mitten & Loening, Frankfurt a. M.) — Das Buch ist die erste Dichtung, die das innere Erleben eines ganzen Volkes während des Krieges zu einem mächtigen Zeitgemälde zusammenfaßt. Im Mittelpunkt steht der alternde Dichter Gerambault, den Roland zum Träger eigener Gedanken macht. Gerambault erkennt, daß das Verfallen der Einzelne im Abgrund der Massenseele die größte Gefahr für den Frieden und den Fortschritt ist. Aus dieser Einsicht, zu der er im Kriege gelangt, formt er sich eine neue ungewöhnliche Anschauung des Lebens von heute. Von einer wahren Friedensleidenschaft erfaßt und getrieben von einer unerbittlichen Liebe zur Wahrheit und einer des letzten Opfers fähigen Liebe zur Menschheit, bekennet er sich den erbittertesten Anfeindungen zum Trotz laut zu seinen Ideen. In der Darstellung seiner Zusammenstöße mit der herrschenden Gedanken- und Gefühlswelt, verlorpört in einer Fülle von Gestalten, die Gerambaults Weg kreuzen, gibt Roland ein einzigartiges Bild von der Psyche einer außerordentlichen Zeit.

Maurus Jolai: Der Götzensch. Aus der Sammlung: Der gute Schmöler. (Verlag Franz Schneider, Berlin.) — Dieser Roman ist der spannendste, den die ungarische Literatur besitzt. Die oft märchenhaft phantastische, nie unnatürliche Handlung dreht sich um den Aufstieg eines Schiffsführers zum allmächtigen Magnaten, zum Soldatenkönig, der schließlich das Glück in der Vergeßlichkeit einer angehängenen unbelannten, tropisch äppigen Insel findet. Katastrophen, Schicksale, Landschaftsbilderungen, Barbare und Kultur stehen mit einer Pracht und einer Gewalt in diesem Buch durcheinander, die der heutige Leser nicht genöhnt ist. Das Werk scheint nicht von einem Einzelnen geschrieben, solche Fülle des Wissens auf allen Gebieten strömt daraus hervor. Besonders junge Menschen, die gesunde Romanistik und unerhörliche Phantasie suchen, werden das Buch verschlingen.

Leo Reub: Der Meister des jüngsten Tages. Roman. (Albert Langen München.) — Nicht länger als fünf Tage währt der tragische Spul, von dem dieses Buch erzählt. Fünf Tage dauert die abenteuerliche Jagd, die Verfolgung des unsichtbaren Feindes, der nicht von Fleisch und Blut ist, sondern ein furchtbarer Geist aus toten Jahrsundertern, der heute noch seine Opfer sucht und dort findet, wo geistige und künstlerische Schaffenskraft zu erlahmen droht. Der Roman ist spannend und gut geschrieben, reicht aber qualitativ an Reub's gediegenen „Marques de Volibar“ nicht heran.

Zeitschriftenschau

Europäische Geprache. Hamburger Monatshefte für Auswärtige Politik, Heft IV/V (September/October 1923), herausgegeben von Professor Dr. A. Wendt und John Bartholdy. (Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin.) — In dem Chaos, das heute Europa heißt, behaupten die mit Bedacht „Europäische Geprache“ genannten Hamburger Monatshefte für Auswärtige Politik die von ihnen bezogene Position und bauen diese mit weitig-politischer Entschiedenheit, die sich durch nichts entmutigen läßt, doch ohne Abstraktion und Utopismus weiter aus. Ein Europa ist gestorben, seine Totengräber kennen wir, und auf dem Totenfeld stehen wir besarmt und frierend, doch ein anderes dümmert herauf; von diesem werdenden Europa nach seinen Anfängen und seinen Möglichkeiten besonders für eine deutsche Staatskunst handelt Willy Sellpach im Leitartikel des umfangreichen Heftes. Robert Klotz zeigt die europäische Bedeutung des Bundesstaates, des Bundesgedankens, auf. Der Herausgeber der Monatshefte selbst unterfucht die Beziehung zwischen Völkern und öffentlicher Meinung, wie sich diese bei dem besonderen Anlaß des griechisch-italienischen Konflikts ausgeprochen hat; dieser Konflikt findet seinen gleichzeitigen vollständigen dokumentarischen Beleg im Dokumententeil des Heftes.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung (vom 24. November 1923.) Ausfuhrbeschränkung für Wein aus dem Lande Baden. Die Bekanntmachung über Ausfuhrbeschränkung für Wein aus dem Lande Baden vom 13. September 1923 (Staatsanzeiger Nr. 214 vom 15. September 1923) wird mit sofortiger Wirkung aufgehoben. Karlsruhe, den 24. November 1923. Der Minister des Innern. Remmele.

Advertisement for Badische Lichtspiele at the Konzerthaus, featuring African wild animals and a social insurance association.

Advertisement for Badisches Landestheater, featuring Prima Heizungs-Koks and Menzinger-Fendel.

Advertisement for a property sale and a public hearing regarding a building project.

Advertisement for a public hearing regarding a building project, including details about the building committee and the project's location.